



Protokollführung

Plenter, J. Theresa

Protokollführung

Tagesordnung:

- 18:30 Begrüßung und Einführung durch die Vorsitzende des Verkehrsausschusses
- 18:45 Schutz vor Bahnlärm – akustische Grundlagen und Lärmwirkungen
Christian Popp (Geschäftsführer, LÄRMKONTOR GmbH)
anschließend: Verständnisfragen
- 19:15 Rechtlicher Rahmen des Schutzes vor Lärm in Deutschland – Lärmvorsorge,
Lärmsanierung, Umgebungslärm
Dr. Michéle John (Partnerin, Rechtsanwälte Günther Partnerschaftsges.)
- 19:45 Aktuelle Situation und Berichte der Kommunen, Fragen und Diskussion
- 20:15 Zusammenfassung und weiteres Vorgehen
- 20:30 Ende der Veranstaltung

Protokoll:

18:10 Uhr Eröffnung und Begrüßung

Frau Dunkelgut eröffnet die Veranstaltung und stellt die Referenten des heutigen Abends Frau Dr. John und Herrn Popp vor. Frau Dunkelgut erklärt den Grund des Zusammentreffens: Bahnlärm an der Strecke 1120 durch Stormarn.

18:13 Uhr Vorstellungsrunde aller Anwesenden

18:17 Uhr Teilnehmerliste

Es bestehen keine Bedenken der Anwesenden, die Teilnehmerliste mit E-Mail Adressen zu unterschreiben und zu versenden.

18:18 Uhr Vortrag Herr Popp (siehe Anhang)

18:45 Uhr Vortrag Frau Dr. John (siehe Anhang)

19:30 Uhr Aktuelle Situation der Kommunen

Bad Oldesloe: Herr Janson teilt mit, dass es einen Beschluss der Stadt Bad Oldesloe zur Lärmsanierung gibt. Es sollen möglichst viele freiwillige Maßnahmen durchgesetzt werden und Haushaltsmittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Herr Jokisch fragte nach ob dieser Beschluss bereits beim Kreis eingegangen ist, dieses verneint die Verwaltung. Hier besteht Klärungsbedarf seitens der Stadt Bad Oldesloe.

Tremsbüttel: Herr Nattkemper kritisiert die Qualität der Lärmschutzwände und den Einsatz von alten Güterzügen. Als Problem sieht er, dass kein neuerlicher rechtlicher Anspruch auf Lärmschutz besteht und die Öffnung der Schranken, wenn es mehr Zugverkehr gibt. Herr Schacht ergänzt, dass Lärmschutzwände abrupt enden und so der Nutzen dieser nicht mehr vorhanden ist. Er sieht als Problem die Hochgeschwindigkeitszüge.

Städteverband Schleswig-Holstein: Herr Weingärtner spricht den Übergangsbereich an, der indirekt durch Großprojekte wie die S4 auch betroffen ist und zählt Bargteheide und Delingsdorf dazu. Hier wird die Zugfrequenz verdoppelt und wenn die S4 kommt sogar verdreifacht. Lärm sieht er hier als großes Problem.

SPD-Kreistag: Herr Niegengerd sieht Möglichkeiten für den Güterverkehr andere Ausweichstrecken zu benutzen. Politischer Druck kann entstehen, wenn auch Landes- und Bundestagsabgeordnete dazu geholt werden.

DIE LINKE.-Kreistag: Frau Bornstein teilt mit, dass aus ihrer Sicht eine Ausweichstrecke entlang der A1 zu befürworten ist.

Groß Wesenberg: Herr Anuth appelliert keine utopischen Maßnahmen zu ergreifen, sondern sinnvolle, realisierbare Maßnahmen anzugehen.

Bündnis 90/Die Grünen-Kreistag: Frau Garling-Witt plädiert für originelle Lösungen, z.B. städtebaulich Flächen von vornherein aufzuwerten.

FDP-Kreistag: Frau Winkelmann erklärt, dass von Seiten der Bahn die Lärmschutzmaßnahmen beendet sind, aber dass gerade durch die S4 noch Möglichkeiten bestehen etwas zu unternehmen.

Delingsdorf: Herr Meyer teilt mit, dass in der Gemeinde kaum Lärmschutz vorhanden ist und Wohnen nah am Gleis somit problematisch ist.

Amt Bargteheide Land: Herr Roeder stellt fest, dass gerade Tremsbüttel und Delingsdorf noch Potential für Lärmschutz haben und unterstützt die Meinung der Kommunen.

Bargteheide: Herr Schröter fordert Lärmschutz. Er sieht die Problematik insbesondere im Bereich der S4, da dadurch mehr Fahrten und somit zunehmender Verkehr entsteht. Herr Frehe ergänzt, dass durch eine Umlenkung des Güterverkehrs Lärm reduziert werden kann.

Reinfeld: Herr Hartwig erläutert, dass aufgrund des nicht mehr vorhandenen Schienenbonus an der Bestandstrecke Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden können. Er stellt fest, dass die Zahl der Züge erfasst werden muss. Planungen z.B. der Bahn zum Regionalexpress bedeuten mehr Lärm. Er teilt mit, dass ein Druckmittel die Geschwindigkeitsbegrenzung für Züge sein kann. Dies soll gefordert werden. Weiterhin sieht er ein Problem in der geringen Kontrolle der Bahn über die eingesetzten Züge/Wagen.

Hamberge: Herr Kofler appelliert an die Anwesenden tätig zu werden und „laut zu werden“.

Feldhorst: Frau Seyfferth schildert die Problematik der B75 in Kombination mit Bahnlärm. Lärmschutz muss finanzierbar für Bürger sein. Sie stellt zusätzlich fest, dass es bereits Risse in Häusern nahe der Bahn gibt. Frau Jonas ergänzt dazu, dass die Lärmquellen der Straße und der Bahn im Zusammenhang betrachtet werden sollten und nicht einzeln. Die Straße und auch die Bahn jeweils für sich überschreiten keine Grenzwerte. Sie ruft dazu auf, größer zu denken.

Ahrensburg: Herr Schmidt spricht sich dafür aus, dass das anstehende Planfeststellungsverfahren ähnlich wie das in Ostholstein laufen sollte. Herr Kania teilt mit, dass Gespräche mit der Bahn stattgefunden haben. Laut der Bahn würde die Ausweichstrecke Büchen nur von 15 % der Züge genutzt werden. Das Problem ist die freie Streckenwahl der Züge. Herr Schmidt ergänzt dazu, dass man an das Bundesverkehrsministerium und auch an das Land herantreten muss.

Verwaltung Kreis Stormarn: Herr Fischer sieht als Problematik die Bestandsstrecke, auf der keine baulichen Maßnahmen stattfinden und Lärmschutzmaßnahmen bereits im Zuge der Elektrifizierung erfolgt sind. Der Ansatz für weitere Aktivitäten sollen die neuen Berechnungen wegen des Wegfalls des Schienenbonus sein. Zum Thema S4 besteht die Möglichkeit für alle betroffenen Kommunen sich qualitativ einzubringen. Herr Scheuber sagt, der Fokus solle auf der Lärmsanierung der Bestandsstrecke liegen.

20:13 Uhr Empfehlung der Gutachter

Herr Popp: Herr Popp stellt in Bezug auf die Eingaben der Teilnehmer klar:

- Der übergesetzliche Lärmschutz ist problematisch benannt. Es handelt sich hierbei um einen Spezialfall.
- Lärmschutzwände sind genormt, das einzige Problem ist das Aufstellen, da Lücken gelassen werden. Im Planfeststellungsverfahren zur Elektrifizierung hätte von den Kommunen reagiert werden müssen.
- Aufgrund des Wegfalls des Schienenbonus ist eine Neuberechnung möglich.
- Durch die freie Wahl der Strecken kommt die Ausweichstrecke Büchen nicht in Betracht. Auch eine Ausweichstrecke entlang der A1 ist in naher Zukunft nicht zu realisieren.
- Zum Fahrplanwechsel 2020/21 werden leise Züge eingesetzt.
- Eine Gesamtlärbetrachtung ist nicht möglich, da die Frage der Kostenübernahme nicht geklärt ist.
- Es besteht eine Möglichkeit der Beteiligung der Kommunen bei der Lärmkartierung des Bundesamtes. Alle 5 Jahre wird die Umgebungslärmrichtlinie erneuert.

Frau Dr. John: Die Lärmsanierung wurde nach alter Richtlinie abgeschlossen. Seit 2019 gilt eine neue, daher prüft die Bahn neu. Sie rät den Anwesenden hartnäckig dranzubleiben. Durch die S4 entstehen bauliche Maßnahmen. Durch die Fehmarn-Belt Querung entsteht mehr Verkehr, Hier kann man die Lärmsanierung vorziehen. Als Argument nennt sie die Fernwirkung der Neubauten. Sie ruft auch dazu auf, auch als nicht direkt Betroffener, eine Stellungnahme zur S4 abzugeben. Die S4 und die Lärmsanierung seien juristisch nicht zu trennen, weshalb auch im Arbeitskreis keine starre Trennung vorgenommen werden sollte. Zur Gesamtlärbetrachtung stellt sie allerdings fest, dass dies auch von den Gerichten nicht gesehen wird. Die geltende Rechtsprechung ist eine getrennte Sicht auf Lärmursachen.

20:35 Uhr Anmerkungen

Frau Dunkelgut schlägt vor, das Thema im Verkehrsausschuss in der ersten Sitzung in 2020 zu thematisieren. Sie macht auf den Zeitdruck aufmerksam, stellt aber gleichzeitig klar, dass eine gründliche Vorbereitung notwendig sei.

Herr Scheuber trägt das Angebot der Bahn vor, einen Versuchsaufbau, bzw. ein Infomobil in Städten entlang der Schienenstrecke aufzustellen, um die Lärmauswirkung anschaulicher zu machen. Unter anderem ist dies für Reinfeld bereits geplant. Wenn andere Kommunen Interesse haben, sollen sie sich an Herrn Scheuber wenden. Er kann den Kontakt vermitteln. Herr Hartwig fordert, dass ein Weg wäre, über die „emotionale Schiene“ weiterzuarbeiten. Die Bundes- und die Landtagsabgeordneten müssten mit eingebunden werden. Er ruft dazu auf, Druck bei den Politikern zu machen.

Herr Popp schlägt vor, die Strategie zu ändern. Der Kontext Bahnlinie müsse im Gesamtnetz betrachtet werden. Die Analyse muss weitgehender sein als nur auf die Strecke allein bezogen.

20:45 Uhr Ergebnisse und Zusammenfassung

Frau Dunkelgut stellt fest, dass Gespräche mit der Bahn weiterhin geführt und die Ergebnisse dieser Veranstaltung den Verantwortlichen präsentiert werden müssen. Im Februar wird dies Thema im Verkehrsausschuss sein. Von einer Gründung eines Arbeitskreises möchte sie heute noch absehen.

20:48 Uhr Schließen der Veranstaltung

Frau Dunkelgut schließt die Informationsveranstaltung „Bahnlärm an der Strecke 1120 durch Stormarn“.

Anlagen: Folien der Vorträge

Leitung



Dunkelgut

Protokollführerin



Plenter

